

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Sonntag. Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkubik“. Bezugspreis: Bei den Verkäuferten vierteljährlich M. 2.70. Dazu tritt noch das Beleggeld; bei den Abonten monatlich 1.00 M. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 2 Bg., lokale 20 Bg., Anzeigen von auswärts werden durch Postannahme erhoben. Erfüllungsort Friedberg. Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Maxauerstraße 12. Fernsprecher 48. Postbes.-L. 479. Amt. Fernschreib. n. 91.

Bekanntmachung.

Die dem V.D.R. 5 unter dem 9. 12. 18 auszugewiesene militärische Verfügung der D. S. L., die sich auf A. und S. Hälte in der neutralen Zone bezog, ist außer Kraft getreten.

Die Entente hat nach Mitteilung der D. S. L. erklärt, daß sie den Verkehr mit A. und S. Hälten ablehnt und nur mit den allen Behörden verhandeln wird.

Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten.

Von Seiten des Oberkommandos.

Der Chef des Generalstabes: Wegell, Oberfeldmarschall.

Polizeitruppen in der neutralen Zone.

Berlin, 16. Dez. Das Oberkommando der Alliierten hat dem Verbleiben von Infanterie- und Kavallerie-Friedensgarnisonen als Polizeitruppen in der neutralen Zone sowie auch dem Verbleiben künftiger militärischer Verwaltungsbehörden zugestimmt. Das Personal kann wie bisher Uniform tragen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Die polnische Note.

Warschau, 16. Dez. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet:

Heute um 10.20 Uhr vormittag überreichte der Vorstand der polnischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren, Dr. Karol Bader, in Begleitung des Referenten für deutsche Angelegenheiten, Kacjan Morawski, im Namen der polnischen Regierung dem Grafen Kestler eine Note, in welcher unter Hinweis auf die Zustände in Ober-Ost, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begangen und gemeinsam mit den Bolschewiken vorzugehen, die polnische Regierung die Überzeugung ausdrückte, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen sowie für die künftigen gegenläufigen Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde sehe sich die polnische Regierung veranlaßt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen und erlaube den deutschen Vertretern, unverzüglich mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Kestler erklärte, er werde in der nächsten Richtung die Grenzen des Staates verlassen.

Abdankung des Hetmans.

Kiew, 15. Dez. Kiew ist am Samstag nachmittag von Truppen des Direktoriums besetzt worden. Schmerzhafte Straßenkämpfe wurden vermieden und die Regierungstruppen entworfen. Der Hetman dankte ab. Sein Kabinett ist zurückgetreten. Die Macht ist an das Direktorium übergegangen, bestehend aus Winnitschenko, Petljura, Schewy, Andrejewski. Einzelne Kesserts werden bis zum Eintreffen des Direktoriums und bis zur endgültigen Bildung der Regierung vom Gouverneur verwaltet. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung, aufrechterhalten vom Truppen des Direktoriums und deutschen Truppen.

Die ostafrikanischen Helden.

Berlin, 14. Dez. (W. A. M.) Auf das Ansuchen der deutschen Regierung, die Namen der bis zuletzt bei der Truppe des Generals v. Lettow-Vorbeck befindlich gebliebenen Europäer zu telegraphieren, wurden aus London zunächst die Namen der Offiziere mitgeteilt. Es sind dies: Gouverneur Schone, Generalmajor v. Lettow-Majors Kraut, die Hauptleute Köhl, Meier, Müller (Otto), Spangenberg, Stemmermann, Oberleutnant Busse (Leopold), Merenski, v. Nuchtschel, Treue, Woris, die Leutnants Beyrer, Dietrich, Dingler, v. Eberkingen, Kempner, Portlich, Kapitänleutnant Ipe, Stabsarzt Müller, Marschall, Perleke, Fovis, Dr. Lettow, Oberarzt Klemm, Apotheker Bayer, Oberbetriebsrat Huber, Telegraphist Schmidt und ein Offizierskellner. Sobald die Namen der anderen Europäer bekannt werden, wird sofort auch ihre Veröffentlichung erfolgen.

Liman von Sanders' Truppen in Konstantinopel

Berlin, 14. Dez. Die unter dem Kommando des Generals Liman von Sanders stehenden deutschen Truppen in Syrien und Armenien in Stärke von rund 10 000 Mann sind in Konstantinopel eingetroffen.

Wilson's Ankunft.

Paris, 14. Dez. (W. A. M.) Reuters. Wilson ist unter dem Jubel der Bevölkerung, begrüßt von Geschäftsführern, angekommen.

Lebensmittel und Kredit.

Berlin, 14. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: Deutschland soll Lebensmittel bekommen. Man hat sich also im Lager unserer Gegner und der gefährlichen Ernährungslage in Deutschland überzeugt. Unsere Schiffe werden also in Kürze in fremde Häfen gehen können, um für Deutschland Lebensmittel zu holen. Aber wie sollen wir die Lebensmittel kaufen? Wir hätten seither keinen Austausch mit der übrigen Welt. Wir haben infolge dessen für unsere Außenhandels nicht den erforderlichen Kredit zu erwarten. Wir können und wollen bezahlen, aber wir dürfen ja kein Geld an das Ausland liefern. Die Alliierten müssen darum noch einen Schritt weiter gehen: sie müssen uns einen Kredit gewähren. Wir müssen neben der physischen Kraft unseres Volkes auch unsere völlig erschöpfte wirtschaftliche Kraft beleben. Es liegt also auch im Interesse der Sieger, uns auch Kreditschüsse, vor allem aber Kredit zu gewähren.

Gegen Judenverfolgungen.

Berlin, 13. Dez. (W. A. M.) In der letzten Zeit sind in großem Umfange anonyme Flugblätter verbreitet worden, die in unerschütterlicher Form zur Judenhetze aufstacheln. Die Flugblätter sind nicht ohne Wirkung geblieben. Wie der „Vorwärts“ vom 11. 12. meldet, wurden verschiedentlich Juden und Christen, die durch ihre Aussehen nicht gegen den Verdacht geschützt waren, Juden zu sein, körperlich angegriffen. Wenn diese schamlose Flugblattetage fortdauert, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß wir auch in Deutschland die Schmach der Judenopfer erleben. Der Volksrat der Arbeiter und Soldatenräte sieht sich daher genötigt, sich aus schärfster gegen das rassistische antisemitische Treiben zu wenden, das er hiermit öffentlich und vor aller Welt brandmarkt. Der Volksrat appelliert an den gesunden Sinn des deutschen Volkes und ist überzeugt, daß es in keiner überwiegenden Mehrheit der antisemitisch-reaktionären Hetze entgegenzutreten und keinerlei Judenverfolgungen dulden wird.

Der Volksrat der Arbeiter und Soldatenräte: Richard Müller, Vorkämpfer.

An die deutschen Arbeiter!

Ein Aufruf der Regierung.

Berlin, 14. Dez. (W. A. M.) Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Arbeiter:

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr. Trotzende Katastrophen zeichnen sich täglich deutlicher ab. Vergeht nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgezehrt, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern sind abgemagert, stellenweise ruiniert. Die wichtigsten Rohstoffe mangeln, drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Löhne, die der siegreiche Feind uns auflädt. Arbeiter, in Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufleben lassen. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unwiderruflich an den Bürgerkrieg folgt: Vermürkung aller Errungenschaften der Revolution, Euerer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit und kann nur bestehen auf der Grundlage der Arbeit. Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, verläßt sich auf ein armes Volk und dessen sozialistischer Zukunft, hindert den Zusammenbruch, bereitet, der schließlich auch ihn selbst verhängt.

Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengekrümmt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land und in die Städte der Provinz! Kräfte, die in Berlin und in anderen Großstädten brach liegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweiser! Sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk reicher hilft. Keiner darf sich jetzt darauf verlassen, an dem Orte zu verbleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Verunsicherung, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Leben und die Zukunft unserer sozialistischen Republik. Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion: Rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung.

Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

„Die Vereinigung war voranzuziehen.“

Wien, 13. Dez. (W. A. M.) Das Wiener Telegraphen-Korrespondenzbüro meldet aus dem Haag: Die „Newspost Evening Post“ schreibt:

Die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland war von dem Augenblick an voranzuziehen, da Deutschlands Niederlage, die den Verfall der Habsburg-Monarchie mit sich brachte, offenkundig wurde. Man kann aber noch weiter zurückgehen und behaupten, daß von Beginn des Krieges an der scheinbar paradoxe Satz Geltung hatte, wonach eine deutsche Niederlage notwendig eine Vergrößerung des deutschen Besitzstandes bringen müßte. Die Niederlage mußte nämlich den Verlust Elsaß-Lothringens und der polnischen Grenzbesitztümer Deutschlands bringen. Dafür war sicher, daß die deutsch sprechenden Teile Oesterreich-Ungarns dem Länderkreis der Hohenzollern einverleibt würden. Es ist nun unmöglich, daß die Alliierten, die den Polen, Litauern und Südslawen das Selbstbestimmungsrecht zugesprochen haben, den Deutsch-Oesterreichern das Recht verweigern könnten, sich mit den Norddeutschen zu vereinigen. Heute können wir angesichts der möglicherweise bevorstehenden sozialen Umwälzungen, die alle politischen Pläne über den Haufen zu werfen drohen, von solchen politisch-territorialen Verschiebungen nur als von einem Provisorium sprechen. Hätte die Hohenzollernmonarchie weiter bestanden, so wäre ihre Vereinigung tatsächlich ein bedeutendes Problem für die Alliierten gewesen. Deutschland hätte im Westen und Osten fünf Millionen Einwohner verloren, dafür aber im Süden acht Millionen gewonnen. Es hätte dabei seine Südgrenze bis hart nördlich Trient vorgezogen. Italien wäre über diesen Austausch des Nachbarn kaum erfreulich gewesen. Heute aber sehen wir vor ganz neuen Tatsachen.

Das große Umlernen der Sozialdemokratie.

Wenn in den Gemeinden Wahlen stattfinden, so hat man mitunter die Gepflogenheit, einen der ärgsten Kritiker auszustellen, meist auch mit dem gewöhnlichen Erfolg: aus dem bösmüßigen Kritiker wird ein Mitarbeiter, der sich seiner Verantwortung bewußt ist und einsehen gelernt hat, daß überall mit „Wasser gelacht“ wird. In derselben Lage befinden sich jetzt die Reichstagssozialdemokraten, die jahrzehntlang das Volk mit den süßesten Versprechungen gelockt und aufgereizt haben und nun, da sie selbst zur Macht gelangt sind, vor den Scherben ihres Programms stehen. Der „Vorwärts“ jural bringt in der Gegenwart Aufträge, die hätten sie vor einem halben Jahr in einem bürgerlichen Welt gesehen, als Ausbund der Schöpfungsmacht und Gott wohl weiß, vertrieben worden wären. Die Herrschaften, die sich vor fünf Wochen in gewalttätiger Weise in Besitz der Diktatur gesetzt haben und die bürgerlichen Kreise statt dessen gefoltert haben, sind heute mit ihrem Votum zu Ende und legen ein, daß ein großer Kladderadatsch vor der Tür steht, wenn die erbornungsliebenden Elemente nicht wenigstens den gemäßigten Teil der Usurpatoren füttern würden. Ein Beispiel dafür bietet ein Aufsatz des „Vorwärts“, der sich mit der Wiederbelebung regeres Wirtschaftslebens beschäftigt. Er schließt zunächst die Gefahren, die unserer Industrie als Folge der Waffenstillstandsbedingungen durch die Befreiung wichtiger Wirtschaftszweige durch den Feind und durch die Zerrüttung des Transportwesens drohen, und fährt fort:

„Dazu kommt eine heillose Verwahrlosung und Vernachlässigung von Industrie und Gewerbe durch überhandnehmende Propaganda eines unsinnigen und phantastischen Sozialismus, der namentlich die Elemente aufreißt, die erst durch die Erregung der Revolutionstage aus tiefstem dumpfen Verborgensein an die Oberfläche gehoben sind. Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen sind mit an der Tagesordnung und kein Mensch denkt daran, was morgen werden soll und wie sich das Los der armen Volksgemeinschaft gestalten soll. Bei einem Teil der Arbeiterschaft — und es ist nicht der, dessen mütterliche Selbstdisziplin, dessen Opfermut im organisierten Lohnkampf wir früher so oft bewunderten — ist eine wilde Jagd nach Geld ausgebrochen, die alles zerstören muß, was für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens notwendig ist.“

Wendet man denn nicht, wie wir durch den Krieg vollkommen ausgepumpt sind und daß Deutschland unter der Last düsterster Armut leidet? Heute muß man den Mut haben, den Massen reinen Wein einzuschütten über das, was das deutsche Wirtschaftsleben jetzt leisten kann, ihnen Solidarität zu predigen, eine Solidarität, die sie auch begehren soll, unsere große Armut gemeinsam zu tragen, gemeinsam an der Schaffung neuer Werte mitzuwirken und das Volk auf die Höhe des höchsten Wohlstandes zurückzuführen. Es ist verbrecherisch, die Arbeiter anzusehen, mehr zu verlangen, als unsere gesamte Wirtschaft ihnen gleichzeitig zu geben vermag. Was einzelne Gruppen der Arbeiter heute an übertriebenen Löhnen erzwingen, muß bei der unvermeidlich kommenden kühnen Rille die übrige Masse der

Arbeiter an ihrem Lebenswerk versehen. Diese Propaganda muß bekämpft werden und es muß den Arbeitern die volle Wahrheit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches mitgeteilt werden.

Die beachtenswerten Ausführungen Schöfers: „Die Not ist so groß, die Gefahr so ernst, daß sie alle Bedenken und Einwände zum Schweigen bringen. Selbstbezugslos und klare Erkenntnis dessen, was ihnen als Einzelperson wie der Gesamtheit allein zu nützlichem Nutzen dienen kann, müssen den Arbeitern den Weg zeigen, der zur Wiederbelebung unserer zu Tode ermatteten Wirtschaft und damit zur Rettung des ganzen Volkes führt.“

In bürgerlichen Kreisen hat man das alles eingesehen und die Arbeiterpartei hat sich gewiß nicht darüber gekümmert, daß ihnen von dieser Seite Schwierigkeiten gemacht werden. Im Gegenteil, wo es gilt, die Ordnung aufrecht zu erhalten und wo bestrebt wird, unser Vaterland wieder besseren Zeiten entgegenzuführen, da sind sie unserer Mitwirkung sicher. Auch wir wollen den Volksstaat, aber keinen sozialistischen und alle Demonstrationen der Sozialdemokraten bemerken nur, daß entgegen allen früheren Behauptungen das deutsche Volk für den Sozialismus nicht reif ist.

Das große Verbrechen der Sozialdemokraten beginnt aber auch auf anderem Gebiete. Früher war ihnen der konfessionell-preussische Kandidat des Reichstages als Volkserzieher und Freiheitseinde. Heute müssen wir im „Krisenjahr“ lesen:

„Sicher aber ist, daß Deutschland, so lange es besteht, Wahlen wie die letzten Wahlen noch nicht erlebt hat. Wegen der Schiegunen und Manipulationen, die der Sozialistensbund dabei verübt, sind alle früheren Wahlen als bloße Farce zu betrachten und alle früheren Wähler als Opfer der Sozialisten zu betrachten. Auf unseren Schreihäusern häufen sich die Proteste gegen ungesetzliche Wahlen, die den Namen von Wahlen überhaupt nicht mehr verdienen. Überall geht die Sozialisten-Taktik dahin, ein möglichst starkes Wahlvolk zu erzielen und dann die Wähler mit einem Kandidaten, den sie gar nicht kennen und den sie, lernen sie ihn, entschieden ablehnen würden, zu überzumpeln. So kommen manche „Wahlen“ zustande, wie sie selbst

ist einem Regelfuß nicht möglich wären und über die jeder erfahrenen Vertreter der Arbeiterbewegung einloch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen muß.“

Auch diese Ausführungen verdienen festgehalten zu werden; sie beweisen, daß die Sozialdemokraten auch einsehen lernen, daß Freiheit ohne Schranken zur Freiheit führt, die schließlich zur Gewalt übergeht und alle Freiheit räumt. Deshalb verlangen wir, daß die gegenwärtige Regierung gemäß dieser Einsicht handelt. Der Sozialistensbund erzählt, Liebschütz sei zweifellos nicht normal und damit nicht auch das Programm der Spartakusgruppe im Einklang, in dem u. a. gefordert wird: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie der nichtproletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klasse, sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung, beschleunigter Höchst- arbeitszeit, Annullierung der Staats- und anderen öffentlichen Schulden, sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Enteignung aller Banken, Bergwerke, Güter und aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Arbeiterrepublik, Konfiszierung aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an.

Wer in einer Lage, wie sich das deutsche Volk eben befindet, so hohe Forderungen stellen kann, der ist entweder ein Vaterlandsverräter oder ein Narr. In beiden Fällen aber muß die Staatsgewalt einschreiten und sie unerschrocken tun. Es nützt nichts, wenn hin und wieder eine Warnung nach der anderen ausgesprochen wird, die aber regelmäßig mit einer Drohung gegen die „Reaktion“ verbunden ist. Nachdem sich die Monarchen selbst aufgegeben haben, denken wir nicht mehr an deren „Reaktion“; wir haben einzig das Bestreben, mitzubeistehen, unser Vaterland herauszuführen aus dem Sumpf, in dem es sich befindet, aus dem Chaos, in dem es unterzugehen droht. Dazu ist uns jedermanns Hilfe, doppelt die der Sozialdemokraten, willkommen, aber sie müssen auch durch Taten einen entschiedenen Strich ziehen und dem Umsturz machen.

Aus der Heimat

Aus Starkenburg.

FC. Hofdorf 5. Darmstadt, 12. Dez. An der hiesigen Chau- jet wurde ein Pferd von einem Kraftwagen überfahren. Dem Tier wurde nachträglich der Hals durchgeschnitten. Da sich um das tote Tier niemand kümmerte, jagten viele hiesige Einwohner nach der Unfallstelle und schnitten sich von den Tierkörper einen Braten ab.

Aus Rheinhessen.

FC. Vom Kastellmann, 12. Dez. Der Landrat von Trarbach, der vor nicht als drei Jahren freiwillig in den Krieg zog, hat heute sein Amt als Landrat des Untertaunuskreises wieder übernommen.

Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Burgkirche
Mittwoch, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Advents- andacht. Herr Pfarrer Diehl.

Arbeitsmarktaussicht des Kreisarbeitsnachrichtens- büros Friedberg.

Eigene Stellen:

50 Ruchse, 7 Tagelöhner, 1 Haushälterin oder selbsterwerbender Arbeiter, 3 Tagelöhnerfamilien, 2 Gartenarbeiter, 1 Gartenarbeiter mit 12 Kindern, 2 Baumwärter, 1 Schmiedelehrling, 1 Bäckereilehrling, 1 Bäcker, 1 Malermeister (selbst tätig), 2 Schuhmacher, 1 Müller, mehrere Dienstmädchen, mehrere Hausmädchen, 1 Buchbinderin, 1 Köchin, 1 Köchleinmädchen, Monatsmädchen und Waisenkinder.

Stellenfunde:

Mehrere Metzgerfamilien und ledige Metzger, mehrere Büro- arbeiter (auch Kriegsbeschädigte), 1 Steinleger, 2 Polier, 3 Strohdreher, 1 Hausarbeiter, mehrere Geschäftsführer etc.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Fickel, Friedberg; für den Angelegenheit: C. Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, F. B. Friedberg i. S.

Hören Sie schlecht? Der elektr. Akustik-Apparat ist für Sie.
Vorführung und Prospekt kostenlos und unverbindlich.
Deutsche Akust.-Ges., Berlin-Wilmersd. Vert. Friedberg i. S., Haagstr. 14.

Gefreiter Hans Heß
im kühnen Alter von 29 Jahren.
Dies zeigen im tiefen Schmerze an
Die trauernde Gattin Hilda Heß
nebst Kind.
Friedberg, den 16. Dezember 1918.
Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung in Friedberg statt.

Die Wahllisten
für die am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahl zur vorläufigen hessischen Volkskammer der Republik Hessen

liegen von Samstag, den 21. Dezember ds. Jrs., bis Samstag, den 28. Dezember ds. Jrs., beide Tage einschließlich, auf dem Stadt- saal, Zimmer Nr. 4 zur Einsicht offen.
Die Offenlegung erfolgt von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 22. Dezember, sowie an den Wahl- nachmittagen, am 25. und 26. ds. Mts., jedoch nur von 8 bis 12 Uhr vormittags.

Inverhieb dieses achtzehnjährigen Zeitraums können Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wahllisten schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei der Bürgermeisterei erhoben werden. Berechtigt zur Erhebung von Einwendungen sind alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die zur Zeit der W. a. 1 das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, nach zwar bezüglich aller Ein- tragungen in die Wahllisten.

Wer die Eintragung eines Wählers verlangt, muß für diesen die in Artikel 3 für die Stimmberechtigung angeführten Erforder- nissen nachweisen. Werden diese Nachweise bis zum Ablaufe der Einspruchsfrist nicht oder nicht vollständig vorgelegt, so bleibt die Anmeldung unberücksichtigt.
Ueber die vorzuziehenden Einwendungen ist von der Bürgermeisterei binnen drei Tagen Entscheidung zu treffen und diese den Beteiligten bekannt zu machen.

Gegen die Entscheidung findet Beschwerde an den Kreisau- schuß statt. Sie muß innerhalb einer ununterbrochenen Frist von 3 Tagen, vom Tage nach der Bekanntmachung der Entscheidung an gerechnet, bei Vermittlung des Verwalters bei der Bürgermeisterei unter Vorbringung der Beweismittel anzeigt werden, worauf die Listen mit dem dazu redigierten Verhandlungsprotokoll, jedoch nicht vor Ablauf der Einspruchsfrist, an das Kreisamt zur be- schließung der empfindlichen Entscheidung des Kreisaußschusses ein- zureichen sind. Diese Entscheidung hat längstens innerhalb drei Wochen, von Beginn der Offenlegung der Wahllisten an gerechnet, zu erfolgen und ist durch Vermittlung der Bürgermeisterei den Beteiligten bekannt zu machen.
Verboten des Soldatenstandes sowie aus dem Militärdienst entlassene Personen, die in der Zeit von der Mobilmachung bis zur Demobilisierung zum Heeresdienst eingezogen waren, sind an die Einspruchsfrist (Art. 10, Abs. 1) nicht gebunden. Sie sind a) ihren Antrag nach Ablauf dieser Frist bis zum Tage vor der Wahl nachträglich in die Wahllisten aufzunehmen, sofern sie die in Art. 3 für die Stimmberechtigung angeführten Erfordernisse nachweisen.
Friedberg, den 16. Dezember 1918.
Der Bürgermeister,
Dr. H. Damm.

Verwalter
der selbst mit Hand anlegt, für 1. Januar 1919 geucht.
Gebilligte Offerten an
Christian Bär,
Hof Einderbühren, Post Eddingen.
Lüchtiger Bierdelneger
geucht.
Welschord, Horad, Reichelsheim.
Wolg., fleißiges, ehrliches
Mädchen,
das alle Hausarbeit verrichtet und kochen kann, für 1. Jan. geucht.
Friedberg, Kaiserstraße 1 O. L.
Ein fleißiges, braves
Dienstmädchen
geucht.
Zu erfragen in der Geschäfts- stelle der „Neuen Tageszeitung“.
Möbel
und verschied. Anderes wegen Platzmangel ab 16. Dez. zu verkaufen.
Bad Hamburg, Blumenstraße 49.

Weihnachtsbücher
in großer Auswahl
Buchhandlung Friedr. Streckfuß,
Friedberg.

Ohne Bezugsschein!
Strümpfe
Socken, Westen
Strick- u. Stoppigarn
Kaferstoff, Hemden
Taschentücher
Handschuhe
Sonntag bis 6 Uhr auf.
Clementine Stern,
Friedberg, Kaiserstr. 51,
gegenüber d. Engel-Apothete.
Meine geehrten Kunden
die bei mir eingetragenen sind, können ab heute den eingetroffenen
Zwirn
abholen.
Clementine Stern
Friedberg i. S., Kaiserstr. 51.
Ein Vollen
wollene Decken
Clementine Stern
Friedberg, Kaiserstr. 51
gegenüber der Engelapothete.

Kartons
wieder eingetroffen.
Clementine Stern,
Friedberg, Kaiserstr. 51,
gegenüber d. Engel-Apothete.
Wagen.
1 Halbbered. Selbstfahrer
schonigee Brest
1 Weichst. (für Bäder) und
1 leichter 2-Spanner-Defonomie-
Wagen
Haben preiswürdig zu verkaufen.
Franz Reis, Kallchen.

Bullen
Herdbuchtiere, zu verkaufen.
Wilhelm Lutzer, Dlaben.

Zigarren u. Zigaretten
in grosser Auswahl
Niederlage G. M. Holz
Friedberg i. H. gegenüber Hotel Trapp.
Wachstuche und Buntglaspiere
wieder eingetroffen.
Tapeten- und Linoleumhaus
Jean Kögler,
Friedberg, Kaiserstrasse 27, Nähe des Rathauses.

Brennholz
Buchenstammholz,
Eichen- und Nadel-
rundheit
trocken, hat waggonweise abzu-
geben
Kudolf Alt, Holzhandlung,
Eigelshausen, Friedberg.
Ein Pferd gefunden.
Abzuholen bei
Ph. Haas, Kallchen.
Ein gebrauchter
Herd oder Ofen
zu kaufen geucht.
Offerten unter Nr. 999 an
die Geschäftsstelle der „Neuen
Tageszeitung“.